



Parlamentarische Einblicke für die **Region Trier**

Berliner **Einblick:**

1. Oktober 2015 | Nr. 18

Flüchtlingspolitik: Asylpaket im Bundestag Hilfe durch ein großes Bündel von Maßnahmen



Tausende Flüchtlinge zieht es nach Europa. Diese Herausforderung lässt sich nicht mit neuen Zäunen lösen.
Foto: Alexander Dreher / www.pixelio.de

Nie waren so viele Menschen weltweit auf der Flucht vor Terror, Krieg und Verfolgung wie heute. Dieses Jahr erwarten wir in Deutschland zwischen 800.000 und 1.000.000 Schutzsuchende. Das stellt die gesamte Gesellschaft vor große Herausforderungen. Wir müssen Lösungen finden, wie Deutschland seiner humanitären Verantwortung trotzdem gerecht werden kann. Der Koalitionsausschuss am 6. und der Flüchtlingsgipfel im Bundeskanzleramt am 24. September haben wichtige Ergebnisse erzielt. Ein Überblick:

Um Fluchtursachen in den Krisengebieten zu bekämpfen, werden die entsprechenden finanziellen Hilfen aufgestockt. Um die deutschen Bun-

desländer und Kommunen zu entlasten, zahlt der Bund ab 2016 eine Pauschale von monatlich 670 Euro pro Asylbewerber/in an die Bundesländer für die Dauer des Verfahrens. An der Versorgung von unbegleiteten Minderjährigen beteiligt sich der Bund zusätzlich mit 350 Millionen Euro. Die Dauer von Asylverfahren soll auf durchschnittlich drei Monate verkürzt werden. 500 Millionen Euro werden für den sozialen Wohnungsbau bereitgestellt, um für alle die in vielen Städten angespannte Wohnungsmarktlage zu entspannen. 10.000 neue Stellen für die Flüchtlingsarbeit werden durch ein Sonderprogramm des Bundesfreiwilligendienstes eingerichtet.

Zusätzlich zu diesen wichtigen Maßnahmen wurde unter Federführung



Liebe Leserinnen und Leser,

in diesen Tagen sehe und erlebe ich viele helfende Hände und freundliche Gesichter, die Flüchtlinge mit offenen Armen in Deutschland empfangen. Das herzliche Willkommen der vielen lässt das hässliche Gehetze der wenigen nicht durchdringen. Vielen Dank allen Helferinnen und Helfern!

Die Situation ist für die meisten Kommunen angespannt. Deshalb setzt sich die SPD-Bundestagsfraktion für deren Entlastung ein. Einige Ziele und Maßnahmen sind auf den Seiten 1 und 2 formuliert. Ich wünsche eine interessante Lektüre.

Liebe Grüße

Katarina

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Flüchtlingspolitik: Asylpaket im Bundestag

des CDU-geführten Innenministeriums ein Asylpaket in den Deutschen Bundestag eingebracht. Als SPD-Bundestagsfraktion haben wir auf viele Details Einfluss genommen. Am Ende steht jetzt ein Kompromiss, der unter anderem folgende Regelungen vorsieht:

Sichere Herkunftsstaaten: Albanien, Kosovo und Montenegro werden zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt. Diese Entscheidung ist in der SPD umstritten. Wir konnten der CDU hier zwei Punkte abtrotzen: Der Bund wird sich weiter für eine Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage in den Herkunftsstaaten für Minderheiten einsetzen. Alle zwei Jahre muss der Bund zudem einen Bericht über die Lage in den betreffenden Staaten und über Arbeitsmigration vorlegen.

Verbesserung der Sprachförderung: Die berufsbezogene Sprachförderung und die Integrationskurse werden zusammengeführt. So sollen mehr Sprachkurse früher angeboten werden. Die finanziellen Mittel für Sprachkurse werden deutlich erhöht. Integrationskurse werden für Asylsuchende und Geduldete, bei denen ein dauerhafter Aufenthalt zu erwarten ist, geöffnet.

Integration in den Arbeitsmarkt: Die Eingliederungstitel der Jobcenter werden so aufgestockt, dass wir dauerhaft bleibende Flüchtlinge aktiv bei der Arbeitsmarktintegration unterstützen können. Diese Erhöhung der verfügbaren Mittel wird selbstverständlich auch jenen helfen, die schon lange in Deutschland leben und Arbeit suchen. Ein gutes Leben in Wohlstand können

nur alle gemeinsam schaffen. Deshalb ist es uns wichtig, dass es keinen prekären Niedriglohnsektor – zum Beispiel durch die Absenkung des Mindestlohns für Flüchtlinge – geben wird.

Anpassungen im Leistungsrecht: Für vollziehbar Ausreisepflichtige, die nicht unverschuldet an der Ausreise gehindert sind, werden die Leistungen auf das unabdingbar Notwendige reduziert.

Erleichterungen im Bauplanungsrecht: Durch befristete Ausnahmen vom Bauplanungsrecht sollen sowohl der Bedarf nach Erstaufnahmeeinrichtungen als auch nach nachhaltigem und bezahlbarem Wohnraum schneller bedient werden können. In einer Generalklausel wird die Möglichkeit der Abweichung von den Vorschriften des Baugesetzbuchs bis zum 31. Dezember 2019 ermöglicht.

Wohnungsbau: Neben kurzfristigen Maßnahmen zur Beschleunigung der Bautätigkeit müssen Maßnahmen ergriffen werden, um langfristig genug bezahlbaren Wohnraum für alle Menschen in Deutschland bereitstellen zu können. Um Wohnungsbau anzureizen sieht das Paket vor, dass die Länder vom Bund zugewiesenen

Mittel für den sozialen Wohnungsbau bis 2019 um insgesamt 2 Milliarden Euro erhöht werden. Im Gegenzug haben die Länder zugesichert, diese Mittel nur zweckgebunden für den sozialen Wohnungsbau einzusetzen. Kommunen werden zudem Immobilien und Liegenschaften des Bundes schnell und verbilligt für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung gestellt.

Gesundheitsversorgung: Künftig besteht ein bundesweit einheitlicher Anspruch auf Schutzimpfungen für Asylsuchende, um Impflücken zu schließen und Krankheitsausbrüche in Gemeinschaftsunterkünften zu vermeiden. Die Krankenkassen werden verpflichtet, die Krankenbehandlung zu gewährleisten und entsprechende Rahmenvereinbarungen zu treffen, sofern das von den Ländern gewünscht wird. Ein unbürokratischer Zugang zum Gesundheitssystem ist durch die Ausgabe einer elektronischen Gesundheitskarte möglich.

FRAKTION VOR ORT

einladung*

www.spdfraktion.de

*** Ein Update fürs Land**

Wie die Digitalisierung unser Leben und Arbeiten verändert

Donnerstag, 8. Oktober 2015, 18.30 Uhr
Kloster St. Bruno Karthaus, Brunostr. 23, 54329 Konz

DISKUTIEREN SIE MIT

- **Dr. Katarina Barley**, MdB, Justiziarin der SPD-Bundestagsfraktion
- **Saskia Esken**, MdB, Berichterstatterin für digitale Bildung der SPD-Bundestagsfraktion
- **Lothar Rommelfanger**, Ortsbürgermeister Wiltingen
- **Ortwin Neuschwander**, Fraunhofer FOKUS
- **Jonas Fritz**, ehemaliger Schülersprecher

Wir laden Sie zu dieser öffentlichen Veranstaltung ganz herzlich ein und freuen uns auf Ihre Teilnahme.

SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

IMPRESSUM

Berliner **Einblick:** – 01.10.2015 – Herausgeberin: Dr. Katarina Barley, MdB – Redaktion und V.i.S.d.P.: Marcel Piest [map] – Anschrift: Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin – E-Mail: katarina.barley@bundestag.de – Redaktionsschluss: 30.09.2015

„Denn die Zukunft der Region liegt in den Händen der Jugend“

50 Jahre diplomatische Beziehungen zwischen Deutschland und Israel

Seit 50 Jahren bestehen die diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel. Anlässlich dieses Jubiläums ist der geschäftsführende Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion für politische Gespräche nach Jerusalem gereist. Ein kurzer Reisebericht.

Es war nicht meine erste Reise nach Israel und trotzdem war es eine besondere Situation, in offizieller Funktion als Justiziarin der SPD-Bundestagsfraktion mit Abgeordneten des israelischen Parlaments – der Knesset – zu sprechen. Arbeit, Soziales, Außenpolitik und die deutsch-israelischen-Beziehungen waren dominierende Themen unserer gemeinsamen Sitzungen mit der Zionistischen Union und der Meretz-Fraktion.

Bis heute sind beide Länder eng und freundschaftlich verbunden. Selbstverständlich ist diese Beziehung vor dem Hintergrund des Holocausts an den Juden durch die Nationalsozialisten eine ganz besondere Verantwortung. Etwa 9000 Jugendliche aus Deutschland und Israel nehmen jedes Jahr an Austauschprogrammen teil. Am meisten hat mich während der Reise ein



Delegation des geschäftsführenden Vorstandes der SPD-Bundestagsfraktion in Jerusalem

Gespräch mit jungen israelischen und palästinensischen Politikerinnen und Politikern. Das Willy-Brandt-Center hatte die Gesprächsrunde zwischen Young Meretz, Young Labour und Young Fatah organisiert. Sie betonten die Wichtigkeit des Entwickelns eigener Strategien und Konzepte zur Verbesserung der Situation

von jungen Aktivistinnen und Aktivisten. „Denn die Zukunft der Region liegt in den Händen der Jugend“, sagten sie. Dass eine junge Muslimin für Fatah mit jungen Funktionären von Labour und Meretz nach langfristigen Lösungen sucht, das ist die Zukunft und lässt für einen Augenblick den Nahost-Konflikt lösbar erscheinen.

Parlamentarier schützen Parlamentarier: Der Fall Yara Sallam

Ägyptische Menschenrechtsaktivistin aus Haft entlassen

Seit Jahren setzen sich Kolleginnen und Kollegen des Deutschen Bundestages im Programm „Parlamentarier schützen Parlamentarier“ für verfolgte Abgeordnete und Menschenrechtsaktivisten in anderen Ländern ein. Auch ich habe mich dazu entschlossen, mich in diesem Bereich zu engagieren.

Frau Yara Sallam ist eine ägyptische Rechtsanwältin und Menschenrechtsaktivistin.

Am 21. Juni 2014 wurde sie am Rande einer aufgelösten Demonstration festgenommen. Sie wurde zu drei Jahren

Haft und einer Geldstrafe verurteilt. Dass sie an den Protesten teilgenommen und Gebäude beschädigt hatte, konnte das Gericht nicht nachweisen. Ihre Inhaftierung konnte nicht mit der Bekämpfung des Terrorismus in Verbindung gebracht werden.

Ein Berufungsgericht wandelte im Dezember die Strafe zu einer zweijährigen Bewährungsstrafe um. Die Geldstrafe wurde aufgehoben. Trotzdem saß Yara Sallam als gewaltlose politische Gefangeneweiterin in Haft. Gegenüber dem Botschafter Ägyptens in Deut-

schland forderte ich im August ihre Freilassung. Am 23. September 2015 schließlich erhielt sie per Präsidialdekret gemeinsam mit 99 weiteren jungen Leuten Amnestie und wurde freigelassen.



Foto: Amnesty International

Katarina Barley

Aus Tunesien in den Bundestag

IPS-Stipendiatin Asma Atigui über ihre Zeit in Berlin

Drei Monate lang hat Asma Atigui aus Tunesien im Rahmen eines Internationalen Parlamentsstipendiums Katarina Barley begleitet.

Welche Eindrücke und Einblicke konntest Du während Deiner Zeit im Deutschen Bundestag sammeln?

Ich habe viel über Politik und Gesellschaft in Deutschland gelernt. Am Anfang hatte ich noch sehr abstrakte Vorstellungen, wie hier Gesetze gemacht und verschiedene Positionen verhandelt werden. Durch die Einblicke, die ich während meines Stipendiums gewinnen konnte, habe ich gesehen, wie wichtig die Aufgabe der Abgeordneten ist. Katarina hat stets einen vollen Terminkalender, ist viel unterwegs und steht in ständigem Kontakt mit Bürgerinnen und Bürgern. Mich hat sehr beeindruckt, wie in Deutschland Demokratie gelebt wird und wie Katarina ihren Beitrag dazu leistet.

Wurden Deine Erwartungen erfüllt?

Mehr als das! Tatsächlich habe ich mehr gelernt und erlebt, als ich gehofft hatte. Mir persönlich hat das Programm viel gebracht. Aber ich hoffe, dass ich auch einen Teil meiner Erfahrungen einbringen und Wissen über Tunesien vermitteln konnte. So habe ich während meiner Zeit bei Katarina das Thema Parität im Wahlrecht bearbeiten dürfen. In Tunesien haben wir ein Wahlrecht, mit dem wir Geschlechtergerechtigkeit im Parlament herstellen wollen. Das Wahlgesetz schreibt vor, dass die Parteien bei der Aufstellung ihrer Wahllisten jeweils abwechselnd Frauen und Männer vorsehen müssen. Was die SPD also in ihrer Satzung in Form der Geschlechterquote verankert hat, ist in Tunesien bei Wahlen für alle Parteien verbindliche Vorschrift. Über die Erfahrungen mit diesem Paritätswahlrecht durfte ich in einer Arbeitsgruppe des SPD-Parteivorstandes be-

richten und dazu einen Vortrag halten. Das war für mich eine neue und aufregende Erfahrung. Besonders interessant fand ich außerdem die Wahlkreisreise. In dieser Zeit habe ich Katarina besser kennengelernt – abseits vom Sitzungsmarathon in Berlin.



Im Gespräch mit dem Präsidenten des Bundesverfassungsgericht Andreas Voßkuhle

Du hast Katarina mehrere Monate lang begleitet. Eine Woche hast Du auch im Wahlkreis verbracht. Wie hat Dir die Region Trier gefallen?

Trier ist eine attraktive Stadt und der Wahlkreis ist geprägt von einer wunderschönen Landschaft. Ich habe mich sehr schnell eingelebt und wohlfühlt. Beeindruckt hat mich eine Tatsache, die vermutlich für die meisten Deutschen längst zur Gewohnheit geworden ist: Es gibt keine Grenze zwischen Luxemburg und Deutschland. Jeder kann zwischen Trier und Luxemburg einfach hin und her reisen. Außerdem arbeiten Politikerinnen und Politiker beider Länder parteiübergreifend und grenzüberschreitend zusammen. Als ich ein Treffen deutscher Bundestagsabgeordneter mit luxemburgischen Abgeordneten begleiten durfte, war ich überrascht, wie offen hier miteinander diskutiert wird. Offene Grenzen und Kooperationen zwischen den Staaten, das würde ich mir auch für die Zusammenarbeit der arabischen Länder wünschen.

Mein Kita-Praktikum in Riol

Einen Vormittag lang durfte ich am 14. September 2015 in der Kita St. Martin in Riol hospitieren und mich über den Arbeitsalltag informieren. Es ist mir äußerst wichtig, zu wissen, wie der Alltag für die Kinder und Erzieherinnen und Erzieher aussieht. Im Bund wird zurzeit über die Kita-Qualität intensiv diskutiert, da die SPD die freigewordenen Mittel des Betreuungsgeldes für eine weitere Verbesserung der Standards einsetzen möchte. Eine gute frühkindliche Bildung ist der Schlüssel für Bildungserfolg und Teilhabe. Hier ist jeder Cent eine sinnvolle Investition.

In der Kita begleitete ich die Erzieherinnen und Erzieher bei ihrer Arbeit. Ich weiß, dass solche Besuche nur einen kleinen Einblick bieten können. Aber diese Form des Dialogs ist wichtig, um unsere sozialdemokratische Politik stets an den realen Lebensumständen zu orientieren. Klar ist, dass gute Rahmenbedingungen für Kinder und Erzieherinnen nicht allein am Schreibtisch entstehen.



Um ein Zeichen für Suizidprävention zu setzen, legten sich am 10. September 600 Menschen vor dem Brandenburger Tor in einer Aktion symbolisch auf den Boden. Unter dem Motto „Gemeinsam Suizide verhindern“ durfte ich ihnen beim Aufstehen helfen. Mehr Infos unter <http://www.600leben.de>